

INTERKOMMUNALER BEIRAT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

PROTOKOLL DER SITZUNG DES INTERKOMMUNALEN BEIRATES FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

EUTIN, 20. MAI 2014, 16:00 UHR - 18:08 UHR JOBCENTER OH, JANUSSTR. 5, 23701 EUTIN

TEILNEHMERINNEN UND TEILNEHMER:

Vorsitzende: Kathrin Kunkel

Mitglieder: Jens Clauß, Angela Jagenow, Lothar Pietsch, Annette Schlichter-Schenck, Carla Schneider, Bärbel Vornweg, Giesa Wulf,

Stellvertretendes Mitglied: Ina Neuberger

Beratendes Mitglied: Sylvia Zanella-Foritto de Belmar

Gleichstellungsbeauftragte: Christine Ewers, Silke Meints

Gäste: Imke Frerichs, Diakonisches Werk - Schleswig-Holstein; Gabriele Pfingsten, Frauennotruf Ostholstein; Maeve Reichel, Frauennotruf Ostholstein; Lena Middendorf, Lebenshilfe Ostholstein; Wilfried Lühr, Kreissenioresbeirat Ostholstein; Herr Edelmann, Marktspiegel

BEGRÜSSUNG DURCH DIE VORSITZENDE

EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Es gab keine Anfragen von Gästen.

TOP 1: NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG VOM 17.03.2014

Es gab keine Ergänzungen.

TOP 2: GEMEINSAMER ANTRAG DER FRAKTIONEN CDU UND B'90/ DIE GRÜNEN ZUR FÖRDERUNG VON FRAUENPROJEKTEN DURCH DEN KREIS OSTHOLSTEIN

Der Antrag wurde den Mitgliedern mit der Einladung als Anlage 1 zugesandt: Der Gleichstellungsbeirat des Kreises Ostholstein wird gebeten, eine Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion abzugeben. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde den Mitgliedern als Anlage 2 zugesandt: Förderung von Frauenprojekten durch den Kreis Ostholstein, Absicherung der Beratungsstelle „Notruf Ostholstein“ mit den Anlaufstellen in Neustadt und Eutin.

Beide Anträge beziehen sich auf die Sitzung des Hauptausschuss am 6. Mai 2014.

Frau Schlichter-Schenck informiert über die Hintergründe zum Verfahren der Antragstellung und erläutert den Antrag. Sie betont, dass einige Kommunen im Nordkreis nur mit einer Kofinanzierung des Kreises weitere Mittel bereitstellen würden.

Die Vorsitzende des Frauennotruf Ostholstein, Frau Pfingsten und die Mitarbeiterin Frau Reichel stellen ausführlich ihre Arbeit dar und machen die Finanzierungslücken ab 2015 deutlich. Schwerpunkte des Frauennotrufs sind Information, Fachberatung und Begleitung durch die Beratungsstellen in Eutin und Neustadt, Mädchenberatung und Prävention, KIK Netzwerk bei häuslicher Gewalt und Schwangerenberatung, insbesondere im Nordkreis.

Der Gleichstellungsbeirat ist von der fachlichen Notwendigkeit der Beratungsstelle für Ostholstein überzeugt und bittet darum, eine Lösung für eine langfristige Existenzsicherung zu finden. Der Beirat bittet um Beratung im Ausschuss für Finanzen am 10. September 2014.

Der Interkommunale Beirat für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Ostholstein stellt folgenden Antrag zum Thema Förderung von Frauenprojekten durch den Kreis Ostholstein:

Wir begrüßen das Engagement des Notruf Ostholstein e.V. für von Gewalt bedrohte Frauen.

Wir danken den Kommunen Grömitz, Heiligenhafen, Oldenburg Land, Oldenburg Stadt und Stadt Fehmarn für die Beteiligung an der Finanzierung der Beratungsstelle Neustadt für 2014, um das Defizit auszugleichen, das durch die Kürzung des Zuschusses der Stadt Neustadt entstanden ist und dem Kreis Ostholstein für seine Unterstützung.

Wir bitten den Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen eine tragfähige Lösung der Finanzierung zu finden, die dem Notruf eine langfristige Planungssicherheit gibt.

Die Stadt Neustadt erwartet Finanzierungssicherheit bis spätestens September. Daher bitten wir um Beratung im Finanzausschuss am 10. September 2014.

Begründung: Der Notruf deckt seit nunmehr 25 Jahren den Beratungsbedarf in Not geratener Frauen ab. Von den professionellen Mitarbeiterinnen des Notrufs in Neustadt wurden im vergangenen Jahr 341 Frauen beraten. Als Fachberatungsstelle erhielt der Notruf außerdem von den Polizeidienststellen ca. 20 Datenübermittlungen bei häuslicher Gewalt nach dem Gewaltschutzgesetz. Es werden regelmäßig Beratungstermine auf Fehmarn, in Heiligenhafen und in Oldenburg durchgeführt.

Über die Einzelfallberatung hinaus bietet der Notruf auch Gruppenberatungen an, z.Zt. eine Selbsthilfegruppe zu Trennung und Scheidung. Die Präventions- und Mädchenarbeit ist insbesondere in Neustadt ein Arbeitsschwerpunkt. Gemeinsam mit der Polizei wurde ein Präventionskonzept entwickelt, das in den sechsten Klassen der Jakob-Lienau-Schule in Neustadt erfolgreich umgesetzt werden konnte. Verschiedene Veranstaltungen wurden selbst oder in Kooperation mit vielen anderen Institutionen durchgeführt. Die Beratungsstelle unterhält außerdem die einzige im Nordkreis befindliche Schwangerenberatungsstelle.

Dieser Überblick über die geleistete Arbeit zeigt den Wirkungskreis und das große Engagement der Mitarbeiterinnen. Am Standort Neustadt arbeiten zwei Teilzeitkräfte mit insgesamt nur 36 Stunden pro Woche. Hinzu kommt die ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsmitglieder mit der gesamten Finanz- und Personalverwaltung. Der Beratungsbedarf besteht nachweislich für alle Orte im Nordkreis.

Die Beratungsstelle in Neustadt wird durch Mittel des Landesministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung gefördert, wobei Voraussetzung ist, dass die Kommunen sich anteilig beteiligen. Die Stadt Neustadt hat beschlossen, ab 2014 ihren Zuschuss in Höhe von 14.314,-€ auf die Hälfte zu reduzieren. Damit ist eine Finanzierungslücke von 7157,- Euro entstanden, die einige Gemeinden im Nordkreis für das Jahr 2014 gefüllt haben.

Der Gleichstellungsbeirat sieht die Kommunen im Nordkreis und den Kreis in der Verantwortung, die Beratungsstelle in Neustadt dauerhaft abzusichern. Formal handelt es sich um eine freiwillige Leistung, aber inhaltlich haben alle Kommunen und der Kreis durch ihre Förderung anerkannt, dass es um eine Hilfe für Frauen in Not geht, die gemeindeübergreifend geleistet werden muss. Für die Gemeinden gilt indirekt das Verursacherprinzip, weil die Frauen durch Gewalt der Männer vor Ort in Not geraten. Der Kreis bleibt letztlich in der Verantwortung, weil er eine Ausgleichsfunktion wahrnimmt.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen angenommen.

TOP 3: BERICHT ÜBER EIN PROJEKT DES DIAKONISCHEN WERKS SCHLESWIG-HOLSTEIN ZU LEBENSLAGEN ALLEINERZIEHENDER IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Frau Frerichs, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein berichtet zum Projekt. Das Projekt wurde in den Kreisen Dithmarschen und Ostholstein, sowie zum Vergleich im städtischen Raum in Neumünster durchgeführt und ist nunmehr abgeschlossen. Hintergrund zum Projekt waren das europäische Themenjahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung, eine fehlende Sozialberichterstattung in Schleswig-Holstein, viel Statistik, aber wenig Wissen über konkrete Lebenslagen, Armutsforschung mit starker Konzentration auf urbane Räume.

INTERKOMMUNALER BEIRAT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

Der Fokus wurde auf die Zielgruppe Alleinerziehende in ländlichen Räumen gelegt. Alleinerziehende wurden über Fragebögen, Tiefeninterviews und Zukunftswerkstätten beteiligt. Zusätzlich gab es ExpertInnenworkshops in den Regionen.

Frau Frerichs fokussiert ihren Beitrag auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stellt die Datenlage sowie Handlungsempfehlungen vor.

Weitere Informationen sind als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt und unter

<http://www.diakonie-sh.de/aktuelles/alleinerziehende-in-schleswig-holstein/>

TOP 4: BERICHT ÜBER DAS PROJEKT DER LEBENSHILFE „OSTHOLSTEIN, ERLEBBAR FÜR ALLE“

Frau Middendorf, Lebenshilfe Ostholstein vermittelt anschaulich, u.a. mit Videospots die Vision von Inklusion.

Es wird deutlich, dass Barrieren vor allem in Köpfen entstehen und dass „alle, die einen Kopf haben, mitmachen können“, um in Ostholstein die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

Die Lebenshilfe will gemeinsam mit dem Kreis Ostholstein, Gemeinden, Verbänden und Unternehmen kommunale Aktions- und Umsetzungspläne für ein barrierefreies Ostholstein entwickeln und verwirklichen. Im Fokus sind dabei die Überprüfung von öffentlichen Einrichtungen, Wegen und Plätzen, Informationen, z.B. über die UN-Behindertenrechtskonvention, Beratung und Bildung von Netzwerken. In Bad Schwartau wird aktuell eine Koordinierungsstelle aufgebaut.

Frau Middendorf weist auf eine Fotoausstellung zum Thema „Barrierefreiheit“ in Oldenburg hin, die vom 7.5. bis 21.5.2014 im Stadtcafé, Markt 8 und dann im Rathaus zu sehen ist.

Weitere Informationen: <http://www.ostholstein-fuer-alle.de/startseite.html>

TOP 5: BERICHT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN ZUR RESOLUTION DES KREISTAGES AM 25.03.14 FÜR EIN NACHHALTIGES SICHERHEITS- UND QUALITÄTSKONZEPT DER GEBURTSHILFE IM NORDKREIS UND ZUM TÄTIGKEITSBERICHT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Die Vorsitzende hat einen Antrag auf Befassung und Offenlegung des Sicherheitskonzeptes sowohl in den Hauptausschuss am 6.5.2014 als auch in den Sozialausschuss am 27.5.2014 eingebracht.

Frau Ewers berichtet: Der Kreistag hat eine Resolution für ein nachhaltiges Sicherungs- und Qualitätskonzept der Geburtshilfe im Norden des Kreises OH beschlossen. Forderungen waren die Fortführung der geburtshilflichen Abteilung bis zum Ausscheiden des Chefarztes im Jahr 2015 am Standort Oldenburg. Darüber hinaus wurde um die Prüfung der Verbesserung der Ausstattung von Kreißaal und Wöchnerinnenstation, die Erörterung des Sicherheitskonzeptes mit den Verantwortlichen des Rettungsdienstes vor der Schließung, die angemessene Einbeziehung der Hebammen und um umfassende Information der Betroffenen gebeten.

Die Geschäftsführung der Sana Kliniken Ostholstein hat mit Schreiben vom 04.04.2014 darauf reagiert und mitgeteilt, dass die Schließung dennoch zum vorgesehenen Zeitpunkt, d.h. heißt zum 1. August 2014 umgesetzt werde.

Die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes, Kristin Alheit befürwortet in ihrem Schreiben vom 8. April 2014 an die Vorsitzende des Beirats, Frau Kinkel, die Schließung der Geburtshilfe in Oldenburg.

Das von den Sana-Kliniken vorgelegte Sicherheitskonzept wird von den Beiratsmitgliedern als völlig unzureichend angesehen.

- Schwangere können nicht innerhalb von 30 Minuten in eine Entbindungsklinik gebracht werden.
- Fortbildungen von Rettungssanitätern und Notärzten sind zwar eine Auffrischung der theoretischen Kenntnisse, im Zweifelsfall verfügen sie aber über keine praktischen Erfahrungen mit Geburten.

INTERKOMMUNALER BEIRAT FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN IN OSTHOLSTEIN (GLEICHSTELLUNGSBEIRAT)

- Die Gefahr von Risikoentbindungen mit u.U. lebensbedrohlichen Folgen und Schäden für Mutter und Kind ist gegeben.
- Es gibt bisher keine zufriedenstellende Einbindung der Hebammen und Gynäkologen im Nordkreis
- Das „Boardingkonzept“ wird von vielen Frauen abgelehnt und lässt noch viele Fragen offen z.B. hinsichtlich der Kostenübernahme durch die Krankenkassen oder der gestiegene Kaiserschnitttrate - auf nahezu 100 % - nach Einführung des „Boardingsystems“ für Sylter Frauen.

Es wird einstimmig beschlossen, dass die Vorsitzende für den Gleichstellungsbeirat an der Sitzung des Sozialausschuss am 27.5.2014 teilnimmt.

TOP 6: WEITERE VORGEHENSWEISE ZU DEN HANDLUNGSSCHWERPUNKTEN

Dieser Tagesordnungspunkt wird verschoben.

TOP 7: MITTEILUNGEN, ANFRAGEN, VERSCHIEDENES

- Für Anfang September wird ein Sommerfest zusammen mit dem Behindertenbeirat geplant.
- Der nächste Termin des Gleichstellungsbeirates ist am 23. September 2014 um 16:00 Uhr

18:08 Ende

Angela Jagenow
Schriftführerin